

Ödön von Horváth, Kasimir und Karoline

Parteienspektrum und politisches Umfeld

DER MERKL FRANZ: *So gründ doch eine neue Partei und wird Finanzminister (Szene 60)*

[...]

KASIMIR: *Wenn man nur wüßt, was daß man für eine Partei wählen soll-*

DER MERKL FRANZ: *Es gibt überhaupt keine politische Partei, bei der ich noch nicht dabei war, höchstens Splitter. (Szene 68)*

Von **19 Parteien**, die an den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar **1919** teilnahmen, schafften nur 10 den Einzug ins Parlament. Die wichtigsten Parteien des ersten Weimarer Parlaments waren:

- die 1869 gegründete **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)**

Die SPD strebte grundlegende Reformen im Wirtschaftsleben an und versuchte, einen demokratischen Sozialismus zu verwirklichen. Jegliche Reformen sollten jedoch immer innerhalb eines parlamentarischen Systems stattfinden. Einen gewaltsamen Umsturz lehnte sie genauso ab wie eine Diktatur des Proletariats; Vorsitz: **Friedrich Ebert**

- **Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)**, die sich am 6. April 1917 als linker Flügel von der SPD auf der Gothaer Konferenz abgespalten hatte; Vorsitz: **Hugo Haase**

Im Gegensatz zur SPD lehnte die USPD das parlamentarische System ab und trat für eine Räterepublik ein. Großgrundbesitz und Kapital sollten sozialisiert und auch das Erziehungs- und Bildungswesen verstaatlicht werden.

- **Zentrum**, gegründet 1870 (**Zentrum**)

Das Zentrum war ursprünglich als katholisch - föderalistische Opposition gegen Bismarck gegründet worden. Ab 1911 nannte sich die Partei, die in Bayern die **Bayerische Volkspartei** als Schwesterpartei hatte, nach der Sitzanordnung im Parlament „Zentrum“. Im Rahmen christlicher Grundsätze trat sie für die Sicherung der bürgerlichen Freiheiten ein. Sie forderte eine föderalistische Ordnung für das Reich und den Erhalt der Privatwirtschaft; Vorsitz: **Karl Trimborn**

- **Deutsche Demokratische Partei (DDP)**; Gründung: 20.11.1918

Als Verfechter der parlamentarischen Demokratie setzte sich die DDP für die Beibehaltung der Privatwirtschaft ein, wollte dabei aber eine soziale Bindung des Eigentums verwirklichen. Die Arbeitnehmer sollten in den Betrieben Mitwirkungsrechte erhalten, um so mehr Geltung zu erlangen; Vorsitz: **Friedrich Naumann**

- **Deutsche Volkspartei (DVP)**; Gründung: 15.12.1918

Die Nachfolgepartei der Nationalliberalen (1867 gegründet) setzte sich für die Kräftigung des handwerklichen und bäuerlichen Mittelstandes ein. Dabei sollte im Gegenzug auch die Stellung der leitenden Unternehmer gesichert werden, um so der breiten Masse insgesamt mehr soziale Sicherheit garantieren zu können; Vorsitz: **Gustav Stresemann**

- **Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP)**; Gründung: 24.11.1918

Die DNVP setzte sich aus verschiedenen Teilen der konservativen Parteien des Kaiserreichs und des rechten Flügels der Nationalliberalen zusammen. Sie trat für die Erneuerung des Kaiserreichs ein. **Jüdischer Einfluss in Wirtschaft und Politik sollte zurückgedrängt werden**. Ein stärkerer Schutz des Privateigentums wurde verlangt. Die DNVP war ein entschiedener Gegner des Marxismus; **Vorsitz: Oskar Hergt**

- **Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)**, die sich am 1. Januar 1919 von der USPD abspaltete und mit den **Spartakisten** gemeinsam die Diktatur des Proletariats in Form einer sozialistischen Räterepublik durchsetzen wollte. Die kapitalistische Privatwirtschaft sollte durch eine sozialistische Planwirtschaft ersetzt werden; **Vorsitz: Karl Liebknecht** und **Rosa Luxemburg**; nach deren Ermordung **Paul Levi**



- **Deutsche Arbeiterpartei (DAP)**, gegründet am 05.01.1919, war die **Vorläuferin der NSDAP**. Sie proklamierte den Antisemitismus, bekämpfte die parlamentarische Demokratie und strebte ein „großdeutsches“ Reich an; **Vorsitz: Karl Harrer**

Münchener Räterepublik

ERNA: Meinen Bruder, den haben sie in einer Kiesgrube erschossen - Wissens seinerzeit nach-dem damals der Krieg aus war - 1919 (Szene 88)

Am 8. November **1918** wurde in München der „**Freie Volksstaat Bayern**“ gegründet. Der Unabhängige Sozialdemokrat **Kurt Eisner** bildete daraufhin aus **Mitgliedern der USPD** und **SPD** eine Revolutionsregierung, die jedoch am 12. Januar 1919 eine schwere Wahlniederlage erlitt. Als Eisner am 21. Februar auf dem Weg zur Eröffnungssitzung des Verfassungsgebenden Landtags war, um als Ministerpräsident zurückzutreten, wurde er **von dem nationalistischen Fanatiker Graf Anton von Arco-Valley ermordet**. Der Mord an Eisner wirkte radikalierend auf Arbeiter und Soldaten, so dass es in Bayern zu einer „zweiten Revolution“ kam. Die mittlerweile vom Landtag gewählte Regierung Hoffmann (SPD) musste nach Bamberg fliehen. Unter dem Vorsitz des SPD-Außenseiters **Ernst Niekisch** wurde als neues Führungsorgan der „**Zentralrat der Bayerischen Republik**“ gegründet. Nach wochenlangen Wirren beschloss dieser in der Nacht vom 6. auf den 7. April die Ausrufung einer **Bayerischen Räterepublik**. An der Regierung der Volksbeauftragten waren die Kommunisten nicht beteiligt, so dass diese das Regime als „Scheineräterepublik“ bezeichneten und durch eine weitere Revolution die Macht zu übernehmen suchten.

Wahlplakat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für den Wahlkampf zum neuen Reichstag, 6. November 1932

Am 13. April setzten die **kommunistischen Arbeiter- und Soldatenräte** den Zentralrat ab und übertrugen die gesetzgebende und die vollziehende Gewalt einem Vollzugsrat. Gleichzeitig wurde von Bamberg aus die militärische Intervention des Reiches durch **Freikorps-Verbände** eingeleitet. Die Niederschlagung des Räteregimes weitete sich am 1. und 2. Mai zu einem von beiden Seiten erbittert geführten Bürgerkrieg mit über 1.000 Toten aus. Auf den **Terror der „roten Garden“** folgte der **Terror der „weißen Garden“**, der nicht minder grausam war. Im Laufe des Jahres 1919 wurde in Form **zahlreicher Hochverratsprozesse** mit drakonischen Strafurteilen die Räteregierung auch gerichtlich liquidiert. Im Gegensatz dazu wurde **der „weiße Terror“ nicht oder nur kaum geahndet**.

Hindenburg löst den Reichstag auf

Hindenburg löste am **1. Februar 1933** den Reichstag auf der Grundlage des Artikels 25 der Reichsverfassung auf und setzte für den **5. März 1933 Neuwahlen** an. Da diese nicht zur Voraussetzung für eine Kabinettsbildung erklärt wurden, somit also die übliche Beziehung zwischen Volksvertretung und Regierung umkehrten, kam

ihnen von Anfang an ein plebiszitärer Charakter zu.

Hitler agierte vorerst noch vorsichtig, um vor allem die „konservativ - nationalen“ Kräfte nicht vor den Kopf zu stoßen. Mit inhaltlich maßvollen, zum Teil jedoch pathetischen Reden gelang es ihm, gegenüber der Öffentlichkeit im In- und Ausland seine wahren politischen Absichten zu verschleiern.

So schloss er seinen „**Aufruf an das deutsche Volk**“ vom 1. Februar beispielsweise mit den Worten: „**Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen unseres Volkes beglücken!**“

